



Pressefoyer

Dienstag, 8. Mai 2018

Landeshauptmann Markus Wallner

Martina Büchel-Germann

(Vorstand der Abteilung Europaangelegenheiten im Amt der Landesregierung)

Titelbild: © Land Vorarlberg

**Eine starke Internationale Bodenseekonferenz
als Modell für regionale Zusammenarbeit in Europa**

Eine starke Internationale Bodenseekonferenz als Modell für regionale Zusammenarbeit in Europa

Zum Europatag am 9. Mai 2018 betont Landeshauptmann Markus Wallner einmal mehr die Bedeutung länderübergreifender Vernetzung und Zusammenarbeit insbesondere in den Grenzregionen der Europäischen Union. Ein wichtiger Impulsgeber für entsprechende Kooperationen sind die INTERREG-Programme der EU. Vorarlberg ist an vielen solchen Projekten beteiligt und profitiert davon. Mit dem neuen strategischen Leitbild der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) soll das Miteinander der Länder und Kantone rund um den See zusätzlich gestärkt werden. Damit festigt die IBK ihr Selbstverständnis als politisches Dach der Zusammenarbeit in der Bodenseeregion.

Entwicklungen auf europäischer Ebene wirken sich zu allererst in den Grenzräumen der EU aus. Diese profitieren von bestimmten Vorteilen der europäischen Integration, spüren aber auch die Schwierigkeiten, die aus unterschiedlichen nationalen Strukturen und Kompetenzen resultieren. Die IBK ist seit mehr als vier Jahrzehnten eine bewährte Kooperationsplattform, um grenzbedingte Hindernisse im Zusammenleben der Nachbarn am und um den Bodensee zu diskutieren und nach Möglichkeit abzubauen, so Landeshauptmann Wallner: "Die Überarbeitung des alten Leitbildes von 1994 war der fällige Schritt ins Heute, um die Effizienz der Zusammenarbeit weiter zu erhöhen und die aktuellen Herausforderungen, die uns alle betreffen, gemeinsam anzugehen. Wir wollen eine europäische Modellregion für zukunftsfähiges Wirtschaften etablieren, die als Wohn- und Arbeitsraum weiter an Attraktivität und damit an Lebensqualität gewinnt."

Bereits im Dezember 2017 haben die Regierungschefs ein neues "Leitbild der IBK für die Bodenseeregion" und strategische Stoßrichtungen für die nächsten fünf Jahre beschlossen. Die strategische Ausrichtung der IBK ist seit Anfang des Jahres auf zwei Elementen aufgebaut: im Leitbild sind die gemeinsamen Prinzipien der Zusammenarbeit und die längerfristigen Ziele der IBK für die Bodenseeregion mit Zeithorizont 2030 enthalten. Als neues Element wurden ergänzend zum Leitbild strategische Schwerpunkte festgelegt, um die Entwicklung der Bodenseeregion in den nächsten fünf Jahren voranzutreiben. Auf dieser Basis sollen künftig konkrete Maßnahmen und Schwerpunktprojekte ausgearbeitet werden.

Aufbauend auf den vier Leitsätzen

- Starker Standort für Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Innovation
- Vielfältige Raumstruktur und zukunftsfähige Verkehrsanbindung
- Einmaliger Natur- und Landschaftsraum
- Attraktive Region mit hoher Lebensqualität

sieht die IBK in den nächsten vier bis fünf Jahren pro Leitsatz jeweils zwei strategische Schwerpunkte vor, um die Zukunftsvorstellung des IBK-Leitbilds für das Jahr 2030 zu erreichen:

- Wahrnehmung als Standort stärken
- Innovationskraft stärken
- Raumbild Bodenseeregion schaffen
- Bedingungen für Verkehrsanbindungen schaffen
- Angebote grenzüberschreitend optimieren
- Strategie Klimaschutz und Energie weiterentwickeln
- Mehrwert Landwirtschaft und Natur schaffen
- Zusammenleben und regionale Identität fördern

"Wir legen einen noch größeren Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Bodenseeregion. Wir wollen eine bestmögliche länder- und branchenübergreifende Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Innovation. Die Region soll sich gemeinsam weiterentwickeln können", so Landeshauptmann Markus Wallner. Unverändert spielen im Leitbild auch die natürlichen Ressourcen der Bodenseeregion eine wichtige Rolle. Weiterhin gilt es etwa einem haushälterischen Umgang mit dem Boden, der Natur und der Landschaft Sorge zu tragen und die Energieeffizienz zu fördern.

Im Rahmen eines erneuten Treffens im Kanton Schaffhausen wurden nun auch konkrete Umsetzungsaufträge zu den strategischen Schwerpunkten des neuen Leitbildes erteilt und eine inhaltliche Verdichtung der IBK wurde vorgenommen. Bereits zur Jahresmitte sollen Vernetzungsprojekte zur Digitalisierung und zur Elektromobilität gestartet werden. Bis zum Herbst sollen zudem weitere Umsetzungsprojekte zu den Themen Innovation sowie Raum und Verkehr ausgearbeitet werden.

Darüber hinaus soll der Fokus der Arbeit in Zukunft auf eine Handvoll Themen und Projekte gerichtet werden. Konkret sollen die verstärkten Anstrengungen vor allem in die Bereiche Bildung und Digitalisierung, in die Fachkräfteausbildung, in Raumkonzept und Verkehr sowie in die E-Mobilität fließen. Gerade in den Bereichen Wirtschaft, Innovation, Bildung, Energie, Nachhaltigkeit und Verkehr habe die Region noch großes Potential, wenn alle zusammen an einem Strang ziehen und Projekte weiter verdichtet werden, ist Wallner überzeugt. Als konkretes Beispiel führt er die Anstrengungen im Bereich der Digitalisierung an.

So gibt es Überlegungen hinsichtlich einer Digitalisierungsinitiative Bodensee, um Netzwerkprojekte zu verknüpfen und sichtbar zu machen, die die Innovationskräfte der Region mobilisieren und die Digitalkompetenz steigern sowie Anreize für neue Modelle der Fachkräfteausbildung schaffen. Dazu wurden bereits konkrete Projektideen andiskutiert:

- Die Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle zur Digitalisierung
- "Digital Leader Award Bodensee": Ausschreibung eines IBK-Preises für Klein- und Mittelunternehmen, die erfolgreich Digitalisierungsprojekte umgesetzt, digitale Neuerungen eingeführt und dabei ihre Belegschaft mitgenommen haben.

Weitere Schwerpunktthemen sind Industrie 4.0, die Energiewende, Hochschulkooperationen sowie Verkehrs- und Mobilitätsthemen.

Vorteile von Europa aufzeigen und vermitteln

Um die Öffentlichkeitsarbeit zur grenzübergreifenden regionalen Zusammenarbeit und zur politische Mitsprache der Regionen in der EU zu verstärken und über die Chancen, aber auch die Herausforderungen für Vorarlberg in Europa umfassend zu informieren, hat das Land mit 1. Jänner 2018 die Aufgabe eines Europe Direct Information Centers (EDIC) übernommen. EDIC ist ein Informationsnetzwerk der Europäischen Kommission für alle Bürgerinnen und Bürger. EU-weit gibt es mittlerweile mehr als 430 solcher Stellen. Die EU und was sie leistet, soll dadurch besser in die Regionen und Gemeinden vermittelt werden.

Das Land Vorarlberg intensiviert mit der Übernahme der EDIC-Aufgaben seine EU-Öffentlichkeitsarbeit auch im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen:

- Bereits stattgefunden hat im März 2018 ein "Bürgerdialog: Europa – Warum braucht es Forschung und Innovation für unsere gemeinsame Zukunft?". Wolfgang Burtscher (stellvertretender Generaldirektor für Forschung und Innovation in der Kommission) traf an drei Vorarlberger Schulen mit über 400 Schülerinnen und Schülern zusammen.
- Am 2. Mai 2018 gab es einen Treffpunkt Europa mit Landeshauptmann Wallner, dem EU-Jugendbotschafter Ali Mahlodji, ORF-Journalistin Bettina Prendergast und anderen. Ca. 200 Schülerinnen und Schüler nutzten diese Gelegenheit, um mit den Fachleuten über die EU zu diskutieren.
- 25. Mai 2018: EU-Markt in Dornbirn
- 15./16. Juni 2018: "Das war es wert – Die EU als Friedens- und Wohlstandsprojekt". Mit Alt-Landeshauptmann Martin Purtscher, Heinz K. Becker (Abgeordneter zum Europäischen Parlament) und Erwin Mohr (Alt-Bürgermeister von Wolfurt und ehemaliges Mitglied im Ausschuss der Regionen).
- 23. November 2018: Erasmus-Fest, FHV Dornbirn

Die Mitarbeitenden der Abteilung Europaangelegenheiten im Amt der Landesregierung (die die EDIC-Aufgaben durchführen) stehen für Anfragen, Beratungen etc. zur Verfügung. Sie erstellen einen monatlichen EU-Newsletter und bereiten auf der Website des Landes (www.vorarlberg.at) aktuelle EU-Informationen auf. Auf Anfrage werden auch Workshops an Schulen organisiert, Broschüren zum Thema EU zur Verfügung gestellt sowie Vortragende vermittelt.

"Wir sind Europa!"

Da Themen wie die Flüchtlings- und Migrationsfrage, der Brexit oder der EURO vielfach für Verunsicherung sorgen, wollen Land, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung Vorarlberg in einer gemeinsamen Europa-Initiative mit gezielten Maßnahmen in Schulen, Betrieben und in der Bevölkerung eine offene und transparente Aufklärungsarbeit leisten. Unter dem Titel "Wir sind Europa!" geht es darum, die europäische Idee zu stärken, Verständnis für die

Europäische Integration und die Eurozone zu schaffen und Aufmerksamkeit für das Thema zu erzeugen.

Zum Programm gehören Veranstaltungen, Vorträge, Präsentationen und Events zu EU-Themen mit unterschiedlichen Formaten und Zielpublikum ebenso wie klassische Medienarbeit und Social Media Aktivitäten. Unter anderem ist es gelungen, die Wanderausstellung "Europa #wasistjetzt" der österreichischen Gesellschaft für Europapolitik nach Vorarlberg zu holen. Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft besucht damit alle Oberstufen-Schulen des Landes und hält begleitend Vorträge vor allen Klassen. Ein spezielles Projekt ist auch "Europa backstage", ein interaktiver Tag zum Thema Europa, um Wissen über die EU spielerisch zu vermitteln. Im 2. Halbjahr 2018 wird das Vorarlberger Wirtschaftsforum auf einen Europa-Schwerpunkt ausgerichtet sein.

"Wir wollen über die positiven Seiten der EU-Mitgliedschaft informieren, aber auch kritische Fragen aufnehmen und auf die EU-Ebene transportieren", erklärt Landeshauptmann Wallner.

EU-Mitgliedschaft wirkt sich positiv auf die Entwicklung Vorarlbergs aus

Der EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 hat sich für Vorarlberg bis heute insgesamt positiv ausgewirkt und auch für die Zukunft des Landes ist die europäische Perspektive von entscheidender Bedeutung, betont Landeshauptmann Wallner: "Gerade für unsere exportorientierte Wirtschaft sind die offenen Grenzen und der gleichberechtigte Zugang zum EU-Binnenmarkt ein wichtiger Pluspunkt." Welche Impulse Vorarlberg als Teil des europäischen Wirtschaftsraumes erfahren hat, lässt sich eindrucksvoll belegen:

- Das Exportvolumen hat sich innerhalb von zwei Jahrzehnten mehr als vervierfacht. 2017 wurde erstmals die 10-Milliarden-Marke überschritten.

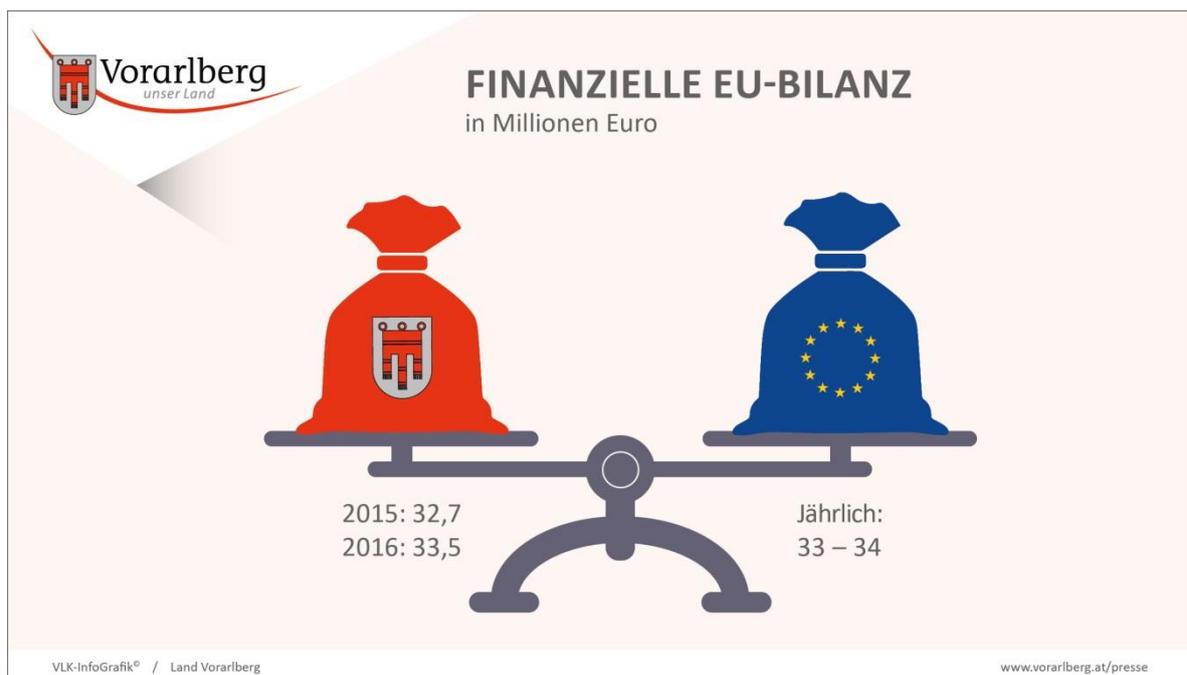


- In jenen zehn Ländern, die 2004 im Rahmen der EU-Osterweiterung als Mitglieder aufgenommen wurden, wurden damals Waren und Güter aus Vorarlberg im Wert von 276 Millionen Euro abgesetzt, im Jahr 2016 bereits um 866 Millionen Euro. Dadurch ist der Exportanteil in diese Länder innerhalb von zwölf Jahren von 8 auf 15 Prozent gestiegen.
- Im gleichen Zeitraum hat die Zahl der unselbstständig Beschäftigten in Vorarlberg von rund 128.000 auf 160.000 Personen zugenommen.

"Diese Kennzahlen zeigen die dynamische Entwicklung Vorarlbergs als leistungsstarke Wirtschaftsregion und belegen deren Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Die EU-Mitgliedschaft hat dazu maßgeblich beigetragen", so Landeshauptmann Wallner.

Vorarlberger EU-Einzahlungen und Förderungen halten sich die Waage

Rein finanziell ergibt aus der EU-Mitgliedschaft im Wesentlichen eine ausgeglichene Bilanz. Die Einzahlungen des Landes Vorarlberg und der Gemeinden in den EU-Haushalt betragen im Jahr 2015 rund 32,7 Millionen und 2016 ca. 33,5 Millionen Euro. In der Förderperiode 2014 – 2020 fließen bis dato über EU-Förderprogramme im Schnitt jährlich ca. 33 bis 34 Millionen Euro zurück.



Insgesamt kann Vorarlberg in der laufenden Programmperiode 2014 – 2020 mehr als 152 Millionen Euro an EU-Förderungen lukrieren.

Regionalförderungen für Wachstum und Beschäftigung

Das Programm "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" ist in dieser Förderperiode mit 18,35 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) dotiert. Die Förderschwerpunkte sind:

- Forschung, technologische Entwicklung und Innovation (FTI),
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben (auch Tourismus),
- Investitionen im Tourismus und
- Verringerung von CO2 in allen Branchen der Wirtschaft.

Bisher sind 26 Projekte mit Gesamtinvestitionskosten von 39 Millionen Euro genehmigt. Dafür wurden 5,6 Millionen Euro EFRE-Mittel zugesagt, etwas mehr als eine Million Euro sind schon ausbezahlt. U.a. fördert das Land Vorarlberg im Rahmen von sogenannten Calls – das sind Ausrufungen zur Einreichung von Projekten – Kosten für Infrastruktur und Personal von FTI-Vorhaben. Daneben werden auch wachstumsfördernde Maßnahmen von Kleinunternehmen, Investitionen im Tourismus und betriebliche Energieeffizienz-Maßnahmen bzw. der betriebliche Einsatz erneuerbarer Energien gefördert.

Zwei Projektbeispiele:

Innovative Investitionen im Tourismus

Das Hotel "Traube Braz" hat renoviert bzw. ausgebaut, um seinen Gästen noch mehr bieten zu können. Neben weiteren Hotelzimmern wurden Seminarräume und ein neuer Beautybereich mit Ruheraum im Hallenbad geschaffen.

Investition in Gerätschaften für Versuchsdurchführungen im Bereich Tribologie bei der V-Research GmbH

Für den Bereich Tribologie – ein Schwerpunkt des Portfolios der V-Research GmbH – wird ein neues 3D-Oberflächenmesssystem mit dem erforderlichen Messequipment angeschafft. Tribologie beschreibt das System von Reibung, Verschleiß und Schmierung – durch die Berücksichtigung der tribologischen Wirkprinzipien und Zusammenhänge können vielfältige Produktwertsteigerungen realisiert werden. Durch die EU-geförderte Investition kann die V-Research GmbH ihre Kompetenzen in der Tribologie ausbauen und die Vorarlberger Unternehmen effizienter und zielgerichteter unterstützen.

INTERREG steht für erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die Beteiligung an INTERREG-Programmen, mit denen die EU die Zusammenarbeit von Ländern und Regionen über nationale Grenzen hinweg fördert, ist für Vorarlberg eine langjährige Erfolgsgeschichte. An diesem Regionalprogramm der EU können sich auch Nicht-EU-Staaten beteiligen. Das weitaus wichtigste INTERREG-Programm mit Vorarlberger Beteiligung ist "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein". Über 39,5 Millionen Euro EU-Fördergelder werden ergänzt durch 11,7 Millionen Euro staatliche Mittel aus der Schweiz sowie Beiträge aus dem Fürstentum Liechtenstein, sodass insgesamt über 52 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung stehen. Der Vorarlberger Anteil an den EU-Mitteln beträgt 9,67 Millionen Euro.

In der laufenden Programmperiode 2014 – 2020 wurden bereits 75 Projekte genehmigt.



Projektbeispiele:

"IBH-Labs" der Internationalen Bodenseehochschule

IBH-Labs sind Forschungscluster, die Projekte zwischen den Universitäten und Hochschulen innerhalb der Internationalen Bodenseehochschule, aber auch zwischen solchen und forschungsaffinen Unternehmen abwickeln. Themen der Labs sind Digitalisierung, besonders für KMU, Wissenstransfer und Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bodensee, Gewinnung und Qualifizierung von Fachkräften sowie demographischer Wandel.

Partizipatives Place Branding mit Fokus Fachkräftegewinnung

Fachkräfte für die Bodenseeregion sollen durch neue Form von Standortkommunikation in digitalen Kanälen gewonnen werden. Es soll identifiziert werden, wie so genannte "Influencer", z.B. Blogger, durch Einsatz sozialer Medien und anderer, moderner Kanäle über wirtschafts- und standortrelevante Themen informieren und kommunizieren können.

Innovation und Technologie als kulturelles Erbe der Bodenseeregion durch neue Kooperationen der Museumsschiffe und Restaurierung der legendären "Österreich"

Das Motorschiff "Österreich" wird originalgetreu restauriert und soll als kulturhistorisch wertvolles Gut und identitätsstiftendes Sinnbild für die Technologieführerschaft der Region in der Schiffsantriebs- und Luftfahrttechnik dienen. Die "Österreich" soll dann in Zusammenarbeit mit anderen Museumsschiffen am Bodensee touristisch und kulturhistorisch genutzt werden.

Faire Leistungsabgeltung für die Landwirtschaft

Die Vorarlberger Landwirtschaft genießt dank der fachkundigen, naturverbundenen Arbeit der Bäuerinnen und Bauern sowie der hohen Qualität ihrer Erzeugnisse hohe Wertschätzung in der

Bevölkerung. Darüber hinaus leisten Vorarlbergs Land- und Forstwirtschaftsbetriebe einen bedeutenden Beitrag für den Tourismus. Die EU-Förderungen tragen maßgeblich zur fairen Abgeltung dieser Leistungen bei. In den Jahren 2014 bis 2017 erhielten Vorarlbergs Bauern insgesamt 116 Millionen Euro aus Brüssel, die mit 68 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln kofinanziert wurden. Zusätzlich nützt das Land in umfassendem Maße finanzielle Ergänzungsmöglichkeiten aus eigenen Mitteln (topup-Zahlungen), um die Ziele der Landwirtschaftsstrategie 2020 "Ökoland Vorarlberg – regional und fair" umzusetzen.

Projektbeispiele aus dem Bereich Leader und der Sozialprojekte-Förderung:

Biosphärenparkmanagement "Naturpark Nagelfluhkette"

Für die Umsetzung der Entwicklungsziele des Biosphärenparks "Naturpark Nagelfluhkette" wird in Hittisau eine Geschäftsstelle (Biosphärenparkmanagement) betrieben.

"Dreiklang IV"

Mit "Dreiklang IV – Freizeit-Infrastruktur" entwickelt die Dreiklangregion ihre Arbeiten für eine höhere Wertschöpfung in den Hanggemeinden des Walgaus weiter. Neben konzeptuellen und Umsetzungsarbeiten wird auch eine Geschäftsstelle gefördert.

"Engagiert sein"

Das bürgerschaftliche Engagement ist ein grundlegendes Element in der dörflichen Gemeinschaft. Um dieses aufrechte zu erhalten, werden Freiwilligenkoordinatoren/innen ausgebildet und in den Dörfern Personen zu bürgerschaftlichen Engagement mobilisiert.

"Stationäre kinder- und jugendpsychiatrische Einrichtung"

Die Vorarlberger Krankenhaus-Betriebsgesellschaft mbH errichtet am Standort des Herz-Jesu-Heims in Rankweil eine stationäre kinder- und jugendpsychiatrische Einrichtung, die dem Landeskrankenhaus Rankweil angegliedert ist.

Unterstützung für Beschäftigungsprojekte aus dem Europäischen Sozialfonds

Auch aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) fließen in der Programmperiode 2014 – 2020 Förderungen nach Vorarlberg. 4,1 Millionen Euro stehen zur Verfügung, um die soziale Inklusion zu fördern und Armut sowie Diskriminierungen zu bekämpfen. Diese ESF-Gelder werden durch Landes- und Bundesmittel in derselben Höhe kofinanziert. Bis jetzt konnten schon fünf im Rahmen von drei Calls ausgewählte Projekte gefördert werden. Fördervolumen: 3,2 Millionen Euro ESF, 1,57 Millionen Euro Land und 1,65 Millionen Euro AMS-Mittel.

Projektbeispiele:

start2work der Caritas Vorarlberg

In diesem Projekte wurden bleibeberechtigte Flüchtlinge ohne Arbeitsmarktintegration, die über Deutschkenntnisse mindestens ab Niveau A1 verfügen, motiviert, ihre vorhandenen

Ausbildungen und Kompetenzen im Arbeitsmarkt im Rahmen von Praktika oder beruflicher Arbeitserprobung auszuprobieren. Parallel wurden sie bei der formalen Anerkennung ihrer beruflichen Kompetenzen unterstützt und ihre Sprachkenntnisse verbessert. Das bereits abgeschlossene Projekt war mit einer Vermittlungsquote 65 Prozent äußerst erfolgreich.

"Top for Job"

Jungen Flüchtlingen soll das Nachholen des Pflichtschulabschlusses ermöglicht werden, um sie so an die Lehrausbildung heranzuführen.

Zukunft der EU: Länder fordern Subsidiarität ein

Die Europäische Kommission hat mit ihrem 2017 vorgelegten Weißbuch zur Zukunft Europas, aber auch durch die laufenden Vorbereitungen für die Ausgestaltung des EU-Budgets ab 2021 und wichtiger EU-Politikbereiche wie der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Regionalpolitik, der Forschungs- und Entwicklungspolitik etc. den Diskussionsprozess zur zukünftigen Ausrichtung der EU angestoßen. Noch im Mai wird sie einen Vorschlag für den Mehrjährigen finanziellen Rahmen ab 2021 und die Rechtsgrundlagen für wichtige EU-Politiken vorlegen. Am nächsten Europatag, also am 9. Mai 2019, soll dieser Prozess in Sibiu/Rumänien mit einer neuen Selbstverpflichtung der EU-Führungsspitzen abgeschlossen werden – für eine EU, die sich für die Themen einsetzt, die für die Menschen wirklich wichtig sind.

Bereits im Herbst 2017 haben die österreichischen Landeshauptleute unter dem Vorsitz Vorarlbergs ein Positionspapier zu ihren Zukunftsvorstellungen zur EU erarbeitet. Zu den fünf Szenarien, die im Weißbuch der EU-Kommission zur Zukunft Europas skizziert wurden, bringen die Länder eine zusätzliche Option ins Spiel, die eine konsequente Orientierung am Subsidiaritätsprinzip vorsieht. Die Länder lehnen eine überschießende Umsetzung von EU-Recht ab. Die Europäische Union soll nur dann außerhalb ihrer ausschließlichen Zuständigkeiten tätig werden dürfen, wenn sie im Vergleich zu den Mitgliedstaaten einen Mehrwert erzielen kann. In diesem Sinn muss die EU ihre Aktivitäten auf jene Maßnahmen konzentrieren, die transnationale Aspekte aufweisen und wo gemeinsames Handeln einen deutlichen Nutzen im Vergleich zu rein nationalem bzw. regionalen Handeln bringt.

Landeshauptmann Wallner hat das Positionspapier der österreichischen Länder Ende Jänner 2018 im Rahmen eines Arbeitsgesprächs an Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker persönlich übergeben.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg
Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse
presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar